

backbord



Zeitung der deutschen Kommunistischen Partei Kiel

Ausgabe 01/24

Stoppt den Kieler Kriegskurs!



Foto: Royal Air Force official photographer - <http://media.wwm.org.uk/wwm/media.lib/54/media-54736/large.jpg>This photo copyright C.L. 2771 comes from the collections of the Imperial War Museums. - Gemeinfrei, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=52485438>

Kiel
DKP 

Inhalt

Kriegstüchtig in Kiel - das ist Selbstmord Seite 2

Besuch für die Kriegsindustrie Rheinmetall entwaffnen Seite 4

Interview mit der SDAJ Kiel - Warum Antimilitaristisch? Seite 5

Die Kriegsgefahr wächst wieder! Seite 6

Termine

**„Rheinmetall entwaffnen“-
Camp im Werftpark vom 03.-08.09.**
Mehr Infos dazu unter:
rheinmetallentwaffnen.noblogs.org

Gerechtigkeit in Nahost? 05.09.
19.00 Uhr an der Christian-Albrechts-Universität Kiel, CAP3, Hörsaal 2, Christian-Albrechts-Platz 3

**Nein zu Krieg und Hochrüstung!
03.10. in Berlin**
Bus ab Kiel ZOB 03.10. um 7 Uhr

Mehr über die DKP Kiel
findest du unter:
www.dkpskiel.de

ViSdP: Wera Richter, DKP Parteivorstand, Hoffnungstraße 18, Essen

Kriegstüchtig in Kiel - das ist Selbstmord

Sichere Arbeitsplätze gibt es nur ohne Rüstungsindustrie

Nicht erst seit der sogenannten Zeitenwende spürt man in Kiel die Aktivitäten von NATO, Marine und zivilen Einrichtungen, sich „kriegstüchtig“ zu machen.

Schulen, Gewerkschaften, die arbeitenden Menschen - nicht nur in den Rüstungsbetrieben -, sollen auf einen Krieg eingestimmt werden. Die Mobilisierung gegen den äußeren Feind, gemeint ist Russland - Pistorius (SPD) warnt Deutschland vor „einem Krieg mit Russland in fünf bis acht Jahren“- ist verbunden mit der Mobilisierung gegen den inneren Feind, gemeint sind Kriegsgegner, die Friedensbewegung in unserem Land, die als „Vaterlandsverräter“ und wahlweise als „Putinversther“ verunglimpft werden.

Pistorius Parteigenosse Klingbeil findet, dass der Frieden nunmehr gegen Russland zu gestalten sei und nicht mehr mit Russland“ und Friedenspolitik bedeutet für ihn „auch militärische Gewalt als legitimes Mittel der Politik zu sehen“.

Und damit „kein Kind, das heute in Deutschland geboren wird, jemals Krieg in unserem Land erleben muss“ (Scholz am 6.8.24), beschließt er, US-Raketen in Deutschland zu stationieren, die weit bis ins Russische Territorium reichen. Das ist mehr als eine Provokation!

In Kiel hat man seine Erfahrungen:

1871 wird Kiel zum Reichskriegshafen ernannt. Die Zahl der Marineeinrichtungen, Werften und Arbeiter steigt in der Folgezeit, die Stadt wächst schnell.

Die Werften erhielten Aufträge, ein Flotte zu bauen, die es mit Englands Seemacht aufnehmen kann.

Schon damals erwartete man hohe Gewinne in den Rüstungsbetrieben in Kiel. Rüstungsaufträge sind nicht nur deshalb lukrativ, weil die staatlichen Auftraggeber aus dem vollen Steuersäckel schöpfen, sie bezahlen auf unsere Kosten auch, wenn sich der Auftragnehmer verkalkuliert hat. Damals wurden viele Arbeitskräfte gebraucht, um Schiffe, U-Boote, Maschinen oder Torpedos herzustellen, weil die Automatisierung noch nicht so fortgeschritten war und auch noch keine globale Arbeitsteilung stattfand. Zehntausende waren auf den Werften und in den Rüstungsbetrieben auf beiden Seiten der Förde im Einsatz. Marinestadt Kiel war ein kriegswichtiges Ziel im 2. Weltkrieg. Am östlichen Ufer der Förde konzentrierte sich die Schiffbauindustrie, die Großwerften Germania, Deutsche Werke und Howaldt, auf denen Kriegsschiffe gebaut wurden. Am Westufer wurden Lokomotiven, Waggons und Apparate gefertigt,

etwa Kreiselkompass für U-Boote und der Kanal als Verbindung zum Weltmeer hatte und hat eine hohe strategische Bedeutung. Und am Rand des Fabriken- und Werftengürtels wohnen (viele auch heute noch) Tausende Arbeiter der Rüstungsindustrie.

Und heute?

Durch Kiel rollen auf dem Ostring Panzer und schweres Gerät zum Ostuferhafen. Dort werden sie über die Ostsee an die Außengrenzen des NATO-Gebietes an der russischen Grenze postiert.

Auf dem NOK werden Fahrzeuge für eine NATO Übung unter US-Army-Führung in Polen nach Danzig verschifft.

In den Kieler Werften und Waffenschmieden sind die Auftragsbücher voll: für Bundeswehr und Marine, aber auch für kriegführende Länder wie Israel.

Arbeitsplätze schaffen mit noch mehr Waffen?

In Schleswig-Holstein arbeiten in 30 Rüstungsbetrieben 7400 Beschäftigte mit nachgeordneten Bereichen 12.000. Im Verhältnis zu insgesamt 1,04 Mio sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Land insgesamt wenig.

In Kiel sind von 11400 Industriearbeitsplätzen 5200 in der Rüstungssparte tätig.

Somit fällt ein Großteil der Industriearbeitsplätze der Rüstungsbranche zu. Dazu gehören jedoch auch prekäre Leiharbeits-, Werkvertragstätigkeiten oder deutlich schlechter bezahlte Jobs in der Zulieferung. Eins ist jedoch sicher: mit unserem Interesse an Frieden und Sicherheit hat diese Branche nichts zu tun.

Zukunftsorientierte, also am Leben orientierte Jobs schafft man, wenn z.B. in einer Universitätsstadt Studenten, arbeitende Menschen gemeinsam an effizienter Technologie, gesunder und umweltverträglicher Landwirtschaft, - Mobilität, Meeres- und Klimaschutz forschen und arbeiten. Arbeit also, die der Mehrheit der Menschen dient und nicht dem Profit weniger.

Dies wird im Kapitalismus ein schwieriger Prozess werden, da die Profitmargen in der Rüstungsindustrie überdurchschnittlich hoch sind, dennoch bleibt die Rüstungskonversion ein notwendiges Ziel.

Klar ist, sichere Arbeitsplätze gibt es nur ohne Rüstungsindustrie in Kiel. Im Falle eines Krieges ist Kiel mit TKMS, Rheinmetall, etc. auch heute wieder eines der ersten Ziele, die aus rein strategischen Gründen bombardiert werden, wie im zweiten Weltkrieg. Mehr Sicherheit heißt daher Abrüstung in Kiel zu betreiben!

Wer ist verantwortlich?

78% Rendite aus Rheinmetallaktien, während andere börsennotierte Unternehmen zur Zeit eher Verluste einfahren. Die Regierung hat in diesem Jahr Rüstungsexporte für 11,71 Mrd. € genehmigt.

Knapp 90% entfallen auf Staaten in der EU und der NATO, sowie der Ukraine.

100 Mrd. für die Aufrüstung der Bundeswehr und ein Etat von 51,8 Mrd. € im Bundeshaushalt. Das alles fehlt bei der Lösung anderer wichtiger Aufgaben, die sich auch die Regierung gestellt hat:

Energiewende (da ist bisher eher gekleckert statt geklotzt worden) und euer Geld (Steuereinnahmen) in kurzsichtige Projekte gesteckt worden, wie Frackinggas-Terminals oder E-Auto-Förderung, Wasserstoff-Pilot-Projekte für die noch die grüne Energie fehlt, um ausreichend Wasserstoff für die Industrie und damit zur Sicherung der Arbeitsplätze dort herzustellen.

Ganz zu schweigen von Bildungs- und Sozialförderung.

Kurzum: Wir sind nicht einverstanden mit der deutschen Kriegspolitik und dem Verschleudern unser Gelder für die Gewinne von Rüstungskonzernen und Militarismus. Die deutsche Regierung nimmt die Gefahr eines dritten großen Kriegs auf unsere Kosten in Kauf. Wir stellen uns entschlossen dagegen.

Besuch für die Kriegsindustrie

Antimilitarismus praktisch



Mehrere hundert Antimilitaristen sind vom 3. bis zum 8. September in Kiel auf das Aktionscamp von Rheinmetall entwaffnen zusammen gekommen. Es ist das vierte Camp des Bündnisses seit 2018. Unter dem Motto „Kiel entwaffnen – Kriegsindustrie versenken“ diskutieren Antimilitaristen, Kriegsgegner und Friedensfreunde ein Gegenprogramm zum Kriegsalltag in der BRD.

Wir als DKP freuen uns sehr, dass Rheinmetall entwaffnen zu Besuch in Kiel ist, denn der Kieler Kriegsstandort hat mehr als Kritik verdient.

Warum in Kiel?

Kiel ist eines der Zentren der deutschen Rüstungsindustrie. Neben ThyssenKrupp Marine Systems, Weltmarktführer für nicht nuklear betriebene U-Boote, sind dort Rheinmetall, German Naval Yards, Thales und Hensoldt ansässig – neben vielen weiteren. Dazu kommen Dual-Use-Produzenten und Zulieferer. Ein großer Teil der Industriearbeitsplätze Kiels hängt an der Rüstungsindustrie. Gleichzeitig ist Kiel Bundeswehrstandort und spielt eine Rolle bei den Kriegsvorbereitungen in der Ostsee und bei Waffenlieferungen ins Baltikum. Genug

Gründe also, den Kriegskonzernen hier auf die Pelle zu rücken.

Gemeinsamkeiten in den Vordergrund stellen

Trotz aller inhaltlichen und weltanschaulichen Unterschiede hat sich das Bündnis auf gemeinsame Forderungen geeinigt. Alle Bündnispartner treten ein gegen die deutsche Kriegsindustrie, gegen die deutsche Beteiligung an Kriegen und Waffenlieferungen. Allen ist klar: Unsere Gegner sind nicht die Bevölkerungen anderer Länder, und nicht die Beschäftigten der Rüstungskonzerne.

Was passiert während des Camps?

Das inhaltliche Programm ist vielfältig: Vom Völkermord in Gaza, dem Krieg in der Ukraine über Debatten zur Rüstungskonversion bis hin zu Berichten internationaler Aktivisten, die Waffentransporte praktisch blockieren. Wenn du auch Interesse an dem Camp oder an zukünftige Aktionen hast, dann schau einfach einmal im Wertpark vorbei, nehme Kontakt zur DKP auf oder informiere dich auf der dazu eingerichteten Website des Camps:

rheinmetallentwaffnen.noblogs.org

Jugend in Aktion

Interview mit der SDAJ Kiel

DKP: Wofür steht die SDAJ?

SDAJ: Wir, die SDAJ, setzen uns für die Interessen der arbeitenden und lernenden Jugend ein. Einen besonderen Fokus legen wir auf die Arbeit in Gewerkschaft, Schule und Betrieb, denn dort werden die Klassegegensätze am deutlichsten sichtbar und wir haben die Möglichkeit bessere Bedingungen von SchülerInnen und ArbeiterInnen zu erkämpfen. Ein weiterer wichtiger Punkt unserer Arbeit ist das Organisieren und Beteiligen an antimilitaristischen Bündnissen, Aktionen und Diskussionen.

DKP: Warum ist Antimilitarismus ein wichtiger Bestandteil eurer Arbeit

SDAJ: Frieden herrscht erst, wenn überhaupt keine Kriegsgefahr mehr vorhanden ist, wenn Angriffe gegen andere Länder unterbunden sind, Jugendliche nicht in Kriegsdienste gezwungen werden und Rüstungsausgaben der Vergangenheit angehören. Ein Leben in Frieden bedeutet, sich frei und ohne Gefahr von Repressionen und Gewalt für die eigenen Rechte und Interessen einzusetzen. Es bedeutet für uns auch, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf.

In Kriegen geht es nie um die Interessen der ArbeiterInnen, stattdessen sollen gerade wir als lernende und arbeitende Jugend als Kanonenfutter verheizt werden. Das kapitalistische System befindet sich mal wieder in einer tiefen Krise. Die NATO-Staaten, insbesondere Deutschland, haben spätestens seit dem Ausbrechen des Krieges in der Ukraine, Militär- und Rüstungsprojekte in schwindelerregender Schnelligkeit und Höhe auf den Plan gerufen. So soll nicht nur die Bundeswehr sondern vor allem auch die Gesellschaft kriegstüchtig werden. Die Bundeswehr sucht händeringend und mit einem riesigen Aufgebot an Jugendoffizieren verzweifelt nach Kanonenfutter. Da kommt eine von der Politik beschworene Wehrpflicht wie gerufen.

DKP: Was habt ihr im Rahmen von RME geplant?

SDAJ: Wir beteiligen uns schon länger im Rahmen der bundesweiten- aber auch der lokalen

Vernetzung Rheinmetall entwaffnen. So konnten wir als Bündnis zur Kieler Woche den Bundeswehr Werbepostern blockieren. Auch an der Planung und Organisation des anstehenden Camps waren wir beteiligt, zum Beispiel haben wir Flyer und Plakate verteilt, werden als KielerInnen beim Auf- und Abbau helfen sowie Veranstaltungen betreuen. Wir werden uns weiter sowohl am Aktionstag, wie an der Demo am Samstag den 7.9. beteiligen. Besonders spannend könnte dabei die Podiumsdiskussion, am Samstag im Anschluss an die Demo, zum Thema Repressionen gegen antimilitaristische linke Bewegungen sein.

DKP: Was unternimmt ihr sonst noch gegen den deutschen Kriegskurs

SDAJ: Seit ein paar Monaten haben wir eine neue Kampagne: "Eure Kriege – Ohne uns!"

Darin richten wir uns explizit gegen Hochrüstung und Waffenlieferungen, Militarisierung der Gesellschaft, die Kriegspolitik der Bundesregierung und den Demokratieabbau!

Wir erleben immer mehr Bundeswehr im öffentlichen Raum, an Schulen, Hochschulen und Arbeitsagenturen wo sie fleißig Heranwachsende, mit vermeintlich lukrativen Angeboten, zum Sterben an der Waffe ködern. Die allgemeine Perspektivlosigkeit der Jugend schafft einen guten Nährboden, für den nicht so normalen Arbeitgeber Bundeswehr. Im Jahr 2023 lag die Zahl der neuen Rekruten die zur Zeit der Einstellung minderjährig waren bei 10,6%, 2022 waren es 9,4%. Nicht nur durch eine erhöhte Präsenz in Schulen oder Jobmessen sondern auch durch gezieltes Marketing und Werbung werden immer mehr (sehr) junge Menschen angesprochen.

Wir sagen explizit: Bundeswehr raus aus allen öffentlichen Räumen und Einrichtungen!

Im Rahmen unserer Kampagne wollen wir in eben diesen Räumen vor allem ein Gegenangebot bieten und mit SchülerInnen, Azubis und ArbeiterInnen ins Gespräch kommen und uns vernetzen.

Gemeinsam kämpfen oder getrennt untergehen?



Los Angeles, 6. August 2023: Friedensaktivisten erinnern mit einer Performance an die Grauen des Atombombenabwurfs auf Hiroshima. (Foto: picture alliance / ZUMAPRESS.com | Ringo Chiu)

Die USA und ihre Verbündeten kennen gegenwärtig nur ein Ziel: Rund um Russland und die Volksrepublik China einen Waffenring einschließlich Atombomben legen. Am 10. Juli hatten die Vertreter von USA und BRD am Rande des NATO-Gipfels in Washington mitgeteilt, dass ab 2026 in der Bundesrepublik neue US-Waffen stationiert werden sollen. Darunter sollen auch „Tomahawk“-Marschflugkörper sein, die Atomsprengköpfe transportieren können. Zugleich wird die „Modernisierung“ der in Deutschland lagernden US-Atombomben vorangetrieben. In Wirklichkeit geht es um die Ersetzung der bisherigen durch „smarte“ Atombomben. Am 18. Juli zeigte sich Kriegsminister Boris Pistorius (SPD) bei einem Besuch auf dem Luftwaffenstütz-

punkt Büchel zufrieden, dass der Standort „in nie dagewesener Geschwindigkeit“ für die neuen Trägerflugzeuge vom Typ F-35 „fit“ gemacht werde – in der Hälfte der vorgesehenen Zeit.

Kurz vor den Jahrestagen der US-Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945 bekannten sich außerdem Japan und die USA in einer gemeinsamen Erklärung erstmals zur „erweiterten Abschreckung“. „Welt.de“ erläuterte: „Dieser Begriff beschreibt die Verpflichtung der USA, ihre Atomstreitkräfte zur Abschreckung von Angriffen auf Verbündete einzusetzen.“ Zugleich verabredeten sie die Einrichtung eines gemeinsamen militärischen Hauptquartiers in Japan.

Am Montag und Dienstag folgten die nächsten Schritte zur Einkreisung. In Tokio trafen sich zunächst die Außenminister der sogenannten Quad-Staaten – Japans, Australiens, Indiens und der USA. Beschlossen wurde, die maritime Kooperation zu stärken, Satellitendaten auszutauschen und auf dem Feld der Cyber-Security intensiver zusammenzuarbeiten. An gemeinsame Hauptquartiere ist im Fall des BRICS-Staates Indiens zwar nicht zu denken, über eine US-Kommandozentrale in Australien wird aber bereits spekuliert. In Japan, Australien und Indien üben in diesem Jahr Einheiten der deutschen Luftwaffe und der Marine.

Am Montagabend landete Pistorius auf Hawaii zum Besuch von rund 450 Soldaten der deutschen Fregatte „Baden-Württemberg“ und des Einsatzgruppenversorgers „Frankfurt am Main“, die an der multinationalen US-Marineübung „Rimpac 24“ teilnehmen. Am selben Tag trafen sich US-Außenminister Antony Blinken und US-Verteidigungsminister Lloyd Austin mit dem philippinischen Präsidenten Ferdinand Marcos junior in Manila, um das Bündnis gegen China zu bekräftigen. Pistorius wird ebenfalls auf den Philippinen sowie in Südkorea erwartet. Erst am Samstag hatte der chinesische Außenminister Wang Yi die Philippinen vor einer dauerhaften Stationierung von

US-Mittelstreckenraketen gewarnt.

In der BRD hat eine Debatte um die Stationierung neuer US-Raketen nicht stattgefunden. Immerhin meldeten sich am Samstag Unterstützer des SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich zu Wort, der vor den Gefahren der Raketenstationierung gewarnt hatte – und dafür in der „Berliner Morgenpost“ als „ewiger Ostermarschierer“ abqualifiziert wurde. Die Unterzeichner einer Erklärung des Erhard-Eppler-Kreises – darunter der frühere SPD-Vorsitzende Norbert Walter-Borjans sowie die früheren Bundestagsabgeordneten Gernot Erler und Ernst Ulrich von Weizsäcker – schreiben, es gehe „um nicht weniger als um die Frage, ob unser dicht besiedeltes Land zum Ziel eines atomaren Erstschlags werden könnte“. Walter-Borjans und Co. sehen einen Grund für die bislang ausbleibende parteiinterne Debatte darin, dass Kritiker der Stationierung als „Träumer diskreditiert“ würden, die eine „Knechtschaft Putins in Kauf nehmen“. Dabei erlebe man „tagtäglich nicht nur an der sozialdemokratischen Parteibasis, wie vielen Rolf Mützenich aus der Seele spricht“. Dass der SPD-Führung, besonders wenn sie in Regierungsverantwortung ist, ihre eigene Basis ziemlich egal ist, lässt sich seit August 1914 zahlreich belegen.

Was kannst du tun?

jedenfalls nicht abwarten und Tee trinken, denn es geht um dein Leben, deine Zukunft

- Aufruf unterschreiben: gewerkschaften-gegen-aufruestung.de
- 3. Oktober in Berlin: nie-wieder-krieg.org/nein-zu-krieg-und-hochruestung
Bus ab Kiel ZOB 7 Uhr, über Neumünster 7:30 Uhr; organisiert von der DFG/VK
- Komm zum Gedenken an die Novemberrevolution: Eichhoffriedhof 10.11.2024 um 10:30 Uhr, Haupteingang

Wer wir sind und was wir wollen!

1968 konstituierte sich die DKP nach dem Verbot der KPD. Kernaussage ihres Programms: Der Kapitalismus, in dem die großen Konzerne und Großbanken alles entscheiden, in dem nur der Profit bestimmt, richtet letztlich die Menschheit zugrunde. Dieses System produziert Kriege, Umweltkatastrophen, Armut, Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit und Lebensängste. Statt alle Menschen zu ernähren, was möglich wäre, wachsen Armut, Hunger, Elend und Krankheiten. Das ist nur zu stoppen, wenn die Macht der Konzerne zurückgedrängt und schließlich beseitigt wird.

Das wäre dann Sozialismus. Der Weg dahin wird aber lang sein. Und die Mehrheit der Menschen muss ihn gehen wollen, gemeinsam erkämpfen, aktiv tragen und gestalten. Das alles klingt kühn, wir halten es aber für möglich. Daher unser Optimismus. Aber vorher, heute also, gilt es Widerstand zu leisten gegen Sozialabbau, Arbeitsplatzvernichtung, Privatisierung, Krieg, Aufrüstung, Abbau der demokratischen Rechte, gegen Rechts und die stärker werdenden Nazis. Da sind wir

Kommunistinnen und Kommunisten aktiv dabei und verlässliche Partner.

Du bist auch der Meinung, dass der Sozialabbau und die Kriegstreiberei so nicht weitergehen kann? Der Rechtsruck in der Gesellschaft macht dir ebenfalls Sorgen?

Melde dich bei uns und bleib auf dem laufenden, was in Kiel gegen Sozialabbau, Faschisten und Kriegstreiber auf die Beine gestellt wird.

 @dkp_kiel

 www.dkpkiel.de

 info@dkpkiel.de

Kiel



DKP